BESCHLUSS

Demokratie am Arbeitsplatz stärken – Betriebs- und Personalratswahlen 2026 aktiv unterstützen

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

LDK in Ludwigsburg 12.-14.12.2025

Antragsteller*in:	Finn Schwarz (KV Schwarzwald-Baar)
Tagesordnungspunkt:	SO Sonstiges

Antragstext

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg setzen sich für die Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung und der Demokratie in der Arbeitswelt ein. Gewerkschaften sind für uns ein zentraler Partner bei der sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft in Baden-Württemberg.

Betriebe mit aktiven Betriebsräten wirtschaften nachhaltiger, erfolgreicher und innovationsorientierter. Mitbestimmte Unternehmen verbinden Klimaschutz mit wirtschaftlichem Erfolg, achten Menschenrechte entlang ihrer Lieferketten und fördern demokratische Teilhabe und Zufriedenheit bei den Beschäftigten.

Die sozial-ökologische Transformation der Arbeitswelt kann nur gemeinsam mit Beschäftigten, Betriebsräten und Gewerkschaften gelingen.

Doch die innerbetriebliche Demokratie steht unter Druck: Die Zahl der Betriebe mit Betriebsrat in Baden-Württemberg ist, ähnlich wie im gesamten Bundesgebiet, rückläufig, insbesondere in kleinen (1-50 Beschäftigte) und mittleren Betrieben (51 bis 500 Beschäftigte). Gleiches gilt für die Tarifbindung. Während um die Jahrtausendwende rund drei Viertel der Beschäftigten in tarifgebundenen Betrieben arbeiteten, ist dieser Anteil deutlich gesunken. Im Jahr 2024 verfügten 77 % der Betriebe in Baden-Württemberg über keine Tarifbindung – das betrifft 55 % der Beschäftigten. Besonders kleine und mittlere Unternehmen sind hiervon betroffen.

Wir als Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg sehen diese Entwicklung mit großer Sorge und setzen uns für eine Stärkung der betrieblichen Demokratie ein.

Der Landesverband unterstützt daher GewerkschaftsGrün, die eine Vernetzung von Gewerkschafter*innen, Betriebsrät*innen und grünen Parteimitgliedern fördert. Wir bekennen uns ausdrücklich zur Intensivierung der Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Ihren Jugendorganisationen und setzen uns für eine wirkungsvolle Stärkung der betrieblichen Mitbestimmung ein.

Der Landesparteitag fordert deshalb:

- Die Kreisverbände werden ermutigt, die Kontakte zu den regionalen Gewerkschaftsstrukturen zu verstärken und öffentlich für die Betriebs- und Personalratswahlen, sowie besonders die JAV-Wahlen 2026 zu werben.
- Parteimitglieder, die bereits als JAV-Vertreter*innen, Betriebs- bzw. Personalrät*innen aktiv sind oder eine erstmalige Kandidatur anstreben, sollen gezielt angesprochen und unterstützt werden.
- Die Zusammenarbeit zwischen GewerkschaftsGrün BW und dem Landesvorstand soll ausgebaut werden, um gewerkschaftlichen Perspektiven innerhalb der Partei mehr Gehör zu verschaffen.
- Insbesondere der jährliche Austausch der Landtagsfraktion mit dem DGB Landesverband soll um seine Jugendvertretung erweitert werden.

Betriebsratsgründungen schützen – Union Busting bekämpfen

Die Gründung und Arbeit von Betriebsräten wird in vielen Fällen aktiv behindert. In Deutschland sind Kanzleien tätig, die auf sogenanntes „Union Busting“ – also die rechtswidrige Verhinderung oder Behinderung von Betriebsratsarbeit – spezialisiert sind.

Bündnis 90/Die Grünen Baden-Württemberg unterstützen deshalb Initiativen auf Bundes- und Landesebene, die darauf abzielen, die betriebliche Mitbestimmung zu stärken und „Union Busting“ wirksam zu verhindern. Dazu gehört auch die Prüfung der Einrichtung einer Schwerpunktstaatsanwaltschaft zur Verfolgung von Verstößen gegen das Betriebsverfassungsgesetz in Baden-Württemberg.

Fazit: Eine starke politische Demokratie braucht eine ebenso starke wirtschaftliche Demokratie. Die Stärkung der Mitbestimmung durch Betriebsräte ist hierfür ein unverzichtbarer Baustein. Gleiches gilt für Personalräte, die im öffentlichen Dienst entscheidend zum Funktionieren demokratischer Prozesse und guter Arbeitsbedingungen beitragen.